

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage). Verantwortlicher Redakteur für den Teil Lokales und Provinziales Carl Wendemuth, für die Inserate Rudolf Roganaki, Halle, für den übrigen Inhalt Otto Krellin, Leipzig. — Verlag der Volksstimme G. m. b. H., Halle, Große Ulrichstraße 27. — Druck Freie Presse G. m. b. H., Leipzig, Königsstr. 5.

Bezugspreis: Monatlich 80 Pfennig, beim Abholen von der Expedition 70 Pfennig. Bei den Postanstalten 2.10 Mark ohne Postgebühren. Einzelne Nummern 5 Pfennig. — In der Expedition: Die 7. u. 8. Jahrgänge 20 Pfennig, Einzelhefte 5 Pfennig, im Postamtteil 75 Pfennig. Bezugs- u. Expedition: Halle, Große Ulrichstraße 27, Fernspr. 5407. — Zeitungspreisliste Seite 411.

Nr. 168.

Halle, Freitag den 14. Dezember 1917.

1. Jahrgang.

Für das gleiche Wahlrecht

Die erste Lesung der drei großen preussischen Reformvorlagen im Abgeordnetenhaus liegt hinter uns. Ihr Ergebnis ist für alle Freunde des neuen und freien Preussens der Zukunft wenig ermutigend. Denn die weitaus härteste Forderung, die Konventionen,

mit äußerster Kraftanstrengung gegen das gleiche Wahlrecht anzuwenden würden, war vorauszusetzen. Verbauten sie doch ihre ganze Nachsicht in Preußen in allererster Linie dem schmuddeligen Klassenwahlrecht! Sie wissen, daß es für sie um Sein oder Nichtsein geht und deshalb setzen sie, die patentierten „Schlügen des Thrones“, alles daran, das vierfache Königsverbrechen zu gerechtfertigen wie einen wertvollen Freund den Kampf mit äußerster Erbitterung entfesseln würde, vor vorauszusetzen. Und auch die offen zugegebene Feindschaft der

freikonservativen Partei

gegen das gleiche Wahlrecht nimmt nach der ganzen Vorgeschichte dieser Partei nicht wunder.

Aber was verwundert es dagegen die Haltung

des Zentrums und der Nationalliberalen.

Die Führer dieser beiden Parteien im Reichstage haben sich ausdrücklich mit jenem Programm einverstanden erklärt, dessen Durchführung die Regierung Hertling-Bauer-Friedberg auf ihre Fahne geschrieben hat. Ein Hauptstück dieses Programms war die legale und rasche Durchführung der preussischen Wahlreform. Das soll man heute festhalten, wenn man erleben muß, daß wenige Wochen später die Führer der gleichen beiden Parteien im preussischen Abgeordnetenhaus, Dr. Gorch und Dr. Lohmann, mehr oder minder offen den gleichen Wahlrecht Feinde ansetzen? Herr Dr. Gorch erklärte, daß sich nur „ein Teil“ seiner Freunde mit dem Gedanken des gleichen Wahlrechts zu befassen vermöge, während Herr Dr. Lohmann gar nur für „einige“ Nationalliberale die Erklärung abgeben konnte, daß sie sich unter den Einwirkungen des Krieges mit dem gleichen Wahlrecht abgeben hätten. Aber auch diese „Einige“ wollen dem gleichen Wahlrecht nur dann zustimmen, wenn die Vorrechte der „gebildeten Kreise“ des Volkes durch allerlei bestialische Maßnahmen so weit als möglich abgeschwächt werden. So bleiben außer den dank des Klassenwahlrechts nur 10 Abgeordnete sämtlichen beiden sozialdemokratischen Fraktionen und einigen links orientierten Parteimitgliedern nur noch die Fortschrittler mit ihren 40 Mandaten als Freunde des gleichen Wahlrechts übrig. Sollen wir im Herrenhaus werden die guten und geliebten Grundgesanden der Regierungsvorlage ohne Zweifel auf den denkbar schroffsten Widerpruch stoßen.

Und leider haben — soweit es auf den parlamentarischen Kampf allein ankommt — die Wahlrechtsfeinde, deren Oberer von der Dänen am 7. Dezember im Abgeordnetenhaus gegen vor offenen Angriffen auf das Reichstagswahlrecht nicht zurückschreckte,

zur allzu günstigen Absichten für das Gelingen ihrer Pläne. Die drei Vorlagen sind gegen den entscheidenden Widerpruch der Linken nur einer einzigen Kommission überwiesen worden, deren Beratungen sich, wenn es nach dem Willen der Konservativen geht, viele Monate hinziehen

lassen. Hat Herr von Hertling doch in nur allzu leicht durchführbarer Absicht heute schon angekündigt, die konservative Partei werde unter allen Umständen auf der „unbilligen und sorgsamsten Prüfung“ der Vorlagen in der Kommission bestehen. Mit anderen Worten: die konservativen wollen der Wahlreform das Schicksal der Kanalvorlage bereiten, wie bekanntlich mit Hilfe ähnlicher Verschleppungsmanöver

niemals

ganzhand gekommen ist! Zunächst geht das Ziel der Wahlrechtsfeinde darauf hinaus, die Beschickung der Vorlagen mindestens

bis nach dem Friedensschluß hinauszuziehen. Sie sind davon überzeugt, daß dann so zahlreiche und schwere Fragen finanzpolitischer, wirtschaftspolitischer und sozialpolitischer Art zu erledigen sein werden, daß das Interesse für die Wahlreform dadurch völlig in den Hintergrund gedrängt werden

So will man die so oft schon betragenen Massen des preussischen Volkes abermals um ihr gutes Recht prellen!

Dieser schmuddelige Plan der Ritter von der eisernen Stirn kann nur dadurch aufzuhalten gemacht werden, daß das preussische Volk selbst auf die Bühne tritt.

In maßvollen Rundgedungen müssen überall in Preußen die Massen zusammenfinden, um ihrem Willen Gehör zu verschaffen!

Diesem Willen und den unabweisbaren Bedürfnissen des preussischen Volkes entspricht auch die Regierungsvorlage nach keineswegs. Anerkannt werden muß, daß die Regierungsvorlage nicht nur mit den ebenso veralteten wie höchstartigen Einrichtungen der öffentlichen und indirekten Wahl übereinstimmt, sondern auch den infamsten Schandflecken des heutigen Wahlrechts, die Dreifachstufensystem, fernerhin beibehält. Diesen großen und bedeutungsvollen Fortschritten stehen aber auf der anderen Seite eine Reihe von Verschlechterungen des gegenwärtigen Standes gegenüber. Diese Verschlechterungen wurden in die Vorlage hineingearbeitet, um auf diese Weise die Kritik zu verfechten, ihrem Vorkind die Spitze abzuwehren. Wie die Ergebnisse der ersten Lesung gezeigt haben, ist dieser Zweck keineswegs erreicht worden.

Worin bestehen die Verschlechterungen der Vorlagen, die ohne die Rechte zu vermindern, auch die Geltung der Wahlen an dem Reformwerk sehr stark beeinträchtigen?

Da ist zunächst — von einer winzigen Konzession abgesehen — völlige Aufrechterhaltung der alten Wahlkreisinteilung.

Diese kommt nach aus der Mitte des vorigen Jahrhunderts und bündelt und fixiert den agrarischen Geist des Ostens ein bauernbesessenes Lager über die Großstädte und Industriebezirke. Wie kann ein ernstes Reformwerk am Schluß des zweiten Jahrzehnts des zwanzigsten Jahrhunderts im vierten Jahre des Weltkrieges eine Wahlkreisinteilung beibehalten wollen, die aus einer Zeit stammt, in der Preußen fast noch ein reiner Agrarstaat war, in der seine industrielle Entwicklung noch in den Kinderschuhen steckte!

Noch schlimmer ist die Heraushebung des Wahlrechtsalters vom 24. auf das 25. Lebensjahr.

In diesem Kriege haben zahllose junge Leute von sechzehn, achtzehn und neunzehn Jahren Leben und Gesundheit für den Vaterlandskampf in die Schanze geschlagen. Und nun sollen diese vielweidlich als Krüppel heimkehrenden jungen Krieger noch 6 bis 8 Jahre lang nicht „reif“ genug sein, das Wahlrecht auszuüben!

Die schlimmste Neuerung aber ist — von kleineren Schönheitsfehlern abgesehen — die Bestimmung, daß man statt wie bisher ein halbes Jahr künftig ein ganzes Jahr

in einer Gemeinde in Berlin sogar in einem Wahlbezirk gewohnt haben muß, um wählen zu dürfen. Das ist ein

schweres Unrecht gegen das arbeitende Volk,

das durch Arbeitslosigkeit und andere sozialistische Folgen des Wirtschaftens in viel höherem Grade als die bescheidenen Klassen zum häufigen Verlust seiner Arbeitsschritte und damit seiner Wohnplätze gezwungen ist. Ganz besonders schlimm würde die Neuerung alle Kriegsteilnehmer treffen,

von denen Hunderttausende nach Friedensschluß genötigt sein werden, fern von der alten Heimat Lohn und Brot zu suchen. So bedeutet die Neuerung eine brutale Entschädigung der Arbeiter, die jetzt mit ihren Leibern Deutschland und Preußen schützen!

Aufs schärfste zu verurteilen ist auch das Fehlen des Frauenwahlrechts in der Regierungsvorlage. Dieser Krieg wäre niemals durchzuführen gewesen ohne das aufopfernde Eintreten vieler Millionen von Frauen an die Stelle der ins Feld gerufenen Männer. Ohne Frauen haben sie die gleichen Pflichten auf sich genommen wie die Männer — diesen gleichen wirtschaftlichen Pflichten müssen endlich auch ausgelöst werden die gleichen staatsbürgerlichen Rechte!

Ganz unzulänglich ist die vorgeschlagene Reform des Herrenhauses,

in dem ein überwiegend harter agrarischer Einfluß nach wie vor aufrechterhalten werden soll, wenn man auch die Interessenvertretung der Städte, der Industrie und des Handels beträchtlich verfeinern will. Die Arbeiter sollen natürlich von dem „Hauch der Herren“ nach wie vor völlig ausgeschlossen bleiben. Schließlich liegt in den Vorlagen der Regierung eine Erweiterung des Kreisrats der Ersten Kammer eine in ihrer Folge wirksame völlig unabweisbare und deshalb sehr ernst zu nehmende Verschmächtigung des Geldbesitzungsrechts des Abgeordnetenhauses

gegenüber, auf deren Einzelheiten hier nicht eingegangen werden kann. Mit einem Wort: Bei allen ihren unabweisbaren Vorfällen weisen die Vorlagen der Regierung auch die Handlungsfähigkeit der Arbeiter in schwerer Menge auf. Um so feinsten darüber ist es, aber auch um so aufreizender muß es wirken, daß selbst diese durchaus ungenügenden Vorlagen gegenüber die Wahlrechtsfeinde zu einem Kampf auf Tod und Leben rufen!

Den wichtigsten Maßnahmen und auch den unzulänglichsten Vor schlägen der Regierung gegenüber bleiben

die Forderungen der Sozialdemokratie die alten. Sie lassen sich in aller Kürze dahin zusammenfassen:

Völlige Beseitigung des Herrenhauses! Keine einschränkende Bestimmungen über den Wohnsitz! Allgemeines, gleiches, geheimes und direktes Wahlrecht für alle über zwanzig Jahre alten Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts! Keine Forderung, die gerade nach den Erfahrungen dieses Krieges ganz besonders in den Vordergrund gerückt werden muß! Neueinteilung der Wahlkreise! Einführung der Verhältniswahl, um auch den Widerheiten gerechte Vertretungen im Parlament zu gewährleisten! Erweiterung der Rechte der Volkserhebung statt ihrer Beschneidung!

Für diese Forderungen zieht die Sozialdemokratie in den Wahlrechtskampf. Sie wird das Aushängeschild an Kraft auszuweisen haben, um nicht nur die Pläne der Rechten zu Falle zu bringen, sondern auch, um aus den Vorlagen der Regierung zu machen die Verschlechterungen auszumerkern und vor allem dem

gleichen Wahlrecht zum Siege zu verhelfen.

Die Sozialdemokratie ist sich bewußt, daß ein Wahlrecht, und sei es auch das beste, niemals Selbstzweck sein kann. So kann und soll uns auch das freie Preussenswahlrecht, für das wir jetzt in den Kampf ziehen, nichts anderes sein als der Boden, auf dem wir

das neue und freie Preußen der Zukunft aufbauen wollen. Ein Preußen, befreit von dem engherzigen Polizeigehier der Vergangenheit, ein Preußen des freudigen und zielbewußten Fortschritts auf allen Gebieten! Des Fortschritts in Gesundheitswesen und Schulwesen, in Sozial- und Finanzpolitik! Ein Preußen der politischen Freiheit und des kulturellen Aufstiegs, das zu rufen ist

„in Deutschland voran“

geht! Diesem Preußen gilt unser Doffen und unser Kampf! Für dieses Preußen der Zukunft rufen wir alle Männer und Frauen Preussens auf die Schanzen! Um aber zu ihm zu gelangen, gilt es zunächst einmal das gleiche Wahlrecht zu erobert! Darum:

Kampf allen Verschleppungsmanövern! Nieder mit allen Wahlrechtsfeinden! Hoch das gleiche Wahlrecht!

Berlin, den 12. Dezember 1917.

Der Vorstand
der Sozialdemokratie Deutschlands.

Der geschäftsführende Ausschuss
der Landesorganisation der Sozialdemokratie Preussens.

Aufruf!

Der Kampf um den Frieden und um die Freiheit im Innern nimmt immer schärfere Formen an. Starke Kräfte sind am Werke, den sich Weg bahrenden Fortschritt der Demokratisierung unseres Landes zurückzudrängen. Die gesamte Reaktion, sowohl die konservativen Agitatoren, die sich durch die hohen Lebensmittelpreise bereichern, wie die durch ungeheure Kriegsgewinne gestärkte Schwerindustrie hat sich in der „Vaterlandspartei“ gesammelt. Diese bekämpft mit ihren gewaltigen Mitteln nicht nur den Verständigungsfrieden, der allein dem unter der Last und dem Kummer des Krieges ächzenden Volke bald Erlösung bringen kann, sondern widersetzt sich auch jedem demokratischen Fortschritt, der dem Volke bisher vorenthalten Rechte bringen soll.

Die Sozialdemokratie steht gegen diese Mächte der Reaktion in scharfem Kampf; sie ist entschlossen, ihn rücksichtslos weiterzuführen und fordert dazu alle Friedens- und Freiheitsfreunde auf. Die wirksamste Unterstützung ist der Beitritt zur Organisation der Sozialdemokratie Deutschlands.

Der Kampf gegen die mit riesigem Aufwand arbeitende Reaktion erfordert aber auch große Mittel. Wir fordern daher die Anhänger des Verständigungsfriedens und die Verehrer des gleichen Wahlrechts auf, Beiträge für unsern Kampffonds zu leisten.

Jeder steure nach Kräften bei. Es gilt einem baldigen Frieden — es gilt, unserm Volke eine freiere, lichtvollere Zukunft zu schaffen!

Berlin, den 13. Dezember 1917.

Der Parteivorstand.

Wendungen sind zu richten an: Otto Braun, Berlin, Lindenstraße 3; auch nach Postfachkonto: Fr. Bartels, E. Ebert, O. Braun Nr. 7918 beim Postfachamt Berlin eingeschickt werden.

Ein angebliches Friedensangebot.

Nach einer Neuermeldung aus London hat Herr Baur auf eine Anfrage eines Abgeordneten, ob die britische Regierung von dem Mittelmächten Friedensanträge erhalten habe, und ob die Regierung darüber eine Erklärung abgeben könne, geantwortet:

„Da die Volkstommission in Petersburg es für gut befunden haben, einen vertraulichen Bericht des russischen Geschäftsträgers in London bekannt zu geben, stellt sich nicht im Wege, anzugeben, daß die Regierung seiner Britischen Majestät im September 1917 von Deutschland durch Vermittlung eines neutralen Diplomaten eine Mitteilung erhielt, daß es der deutschen Regierung ein Vergnügen sein würde, der britischen Regierung eine Mitteilung über den Frieden zu machen. Die britische Regierung antwortete darauf, daß sie bereit sei, jede Mitteilung in Empfang zu nehmen, die ihr die deutsche Regierung zu übermitteln wünsche, und daß sie bereit sei, darüber mit ihren Verbündeten zu beraten. Die britische Regierung verständigte die Regierungen Frankreichs, Italiens, Japans, Australiens und der Vereinigten Staaten von dem deutschen Antrag und von ihrer Antwort darauf. Hieraus ergab sich keine Antwort und haben seitdem auch keine sonstigen amtlichen Mitteilungen in dieser Angelegenheit erhalten.“

Hierzu ist folgendes berichtend und ergänzend zu bemerken:

Anfang September empfing die deutsche Regierung durch Vermittlung einer neutralen Macht eine diplomatische Anfrage über deutsche Kriegsziele. Die Art der Mitteilung der neutralen Regierung war eine solche, daß nach den internationalen Gepflogenheiten mit Sicherheit angenommen werden mußte, die neutrale Anfrage erfolgte mit Vorwissen der großbritannischen Regierung und mit ihrem Einverständnis. Ferner konnte aus den Umständen der Anfrage mit größter Wahrscheinlichkeit daraus geschlossen werden, daß das englische Kabinett von diesem Schritte weitestgehend seine wichtigsten Bundesgenossen verständigt und seine Zustimmung eingeholt habe. Die deutsche Regierung war grundsätzlich zur Beantwortung der Anfrage bereit; es boten sich ihr hierzu zwei Wege, die der mittelbaren und unmittelbaren Beantwortung. Gegen die mittelbare Beantwortung, das heißt durch Vermittlung einer neutralen Macht, sprach die durchsichtige Erwägung, daß jede einseitige Bekanntheit der deutschen Stellungnahme auch schon dem neutralen Vermittler gegenüber die deutsche Politik einseitig ohne jede Gewähr für die von der Gegenpartei eingenommene Stellung binden würde. Eine direkte mündliche Beantwortung durch einen Vertrauensmann erschien bei dieser Sachlage als die zweckdienlichere. Der weitere Verlauf der Ereignisse drängte indes der deutschen Regierung die Beantwortung auf, daß auf jeden unger Gegener nicht geschah, um eine etwaige unwillkürliche Beantwortung der Anfrage zu ermöglichen. Von der von Herrn Balfour erwiderten Äußerung der britischen Regierung über ihre Bereitwilligkeit, jede Mitteilung der deutschen Regierung in Empfang zu nehmen, hat die deutsche Regierung erst durch die Mitteilung Balfours im Katerbach Kenntnis bekommen. Weitere Schritte in dieser Angelegenheit sind von deutscher Seite nicht erfolgt.

Die Affaire Caillaux.

Die ganze französische Presse ist voll von Kommentaren zu der Affaire Caillaux. Die Erörterungen sind meist sehr leidenschaftlich gehalten. Beachtenswert ist ein Artikel von Georges Clemenceau in der „Lanterne“. Darin heißt es: Aus den Erörterungen werden zwei Dinge hervorgehen. Erstens wird die ganze Welt von dem Gedanken tropfsteinartig, daß das Kriegsgericht, das Caillaux aburteilen hat, über die Hauptfrage der auswärtigen Politik ein Urteil aussprechen wird, zweitens muß jedermann heute feststellen, daß die öffentliche Meinung Caillaux nicht gönnt. Auf der einen Seite stehen die Leute, die ihn mit leidenschaftlicher Heftigkeit angehen, auf der anderen die Personen, die Zurückhaltung über Caillaux die Sympathie besaßen haben. Man kann

wohl sagen, daß es keine Caillaux-Partei gibt, aber wenn Caillaux am Donnerstag oder Freitag in der Kammer sein allgemeines Epitaph über die Politik abgibt, die man ihm unterstellt, wenn er diese Politik für sich in Anspruch nimmt, und für die Sache des Friedens eintritt, wenn er die Lage in Frankreich und in der Orient am Anfang des Sommer mit der jetzigen Lage vergleicht, wie sie aus den militärischen Operationen in Italien und dem Russischen Rußland resultiert, wenn er behauptet, daß man den günstigen Augenblick nicht ausnütze, als die Entente demohin gewonnenes Spiel habe, so wird es vielleicht morgen schon eine Caillauxpartei geben, denn diese Darlegung wird im Lande und in der Armee tiefen Widerhall erwecken. Diese Folge möchte ich nicht in Betracht ziehen.

Am 13. Dezember. Bonner Blätter melden aus Paris: Bei Beginn der gestrigen Kammereröffnung sahen die Deputierten eine vollständig demontierte, besiegte Caillaux die Rednertribüne und erklärte, er sei abwesend gewesen, als der Antrag auf Auflösung der parlamentarischen Immunität eingebracht wurde. Die Regierung habe das wohl gemerkt. Wäre er, Caillaux, dazwischen, als der Antrag eingebracht wurde, so wäre er sofort auf die Rednertribüne gestiegen. Bewegung in der Kammer. Zurufe auf verschiedenen Plätzen, Protest auf der äußersten Linken. Caillaux fuhr fort: Ich glaube, daß ich wenigstens ein Anrecht auf die Unparteilichkeit aller meiner Kollegen habe. Ich werde in den nächsten Tagen Gelegenheit haben, als das Geschäft A über mich niedriger zu hängen, das auf nichts beruht. Ich werde der Kammer auch alle Erklärungen über meine Politik vor und während des Krieges geben. Herr Clemenceau ist natürlich nicht zugegen, aber ich bitte seine anwesenden Amtskollegen, ihm zu sagen, daß ich ihn für einen der nächsten Tage zu einer Unterredung auffordere. Caillaux, der zuerst tief geschrien hatte, erhob nun Schluß seine Stimme. Auf einigen Plätzen der äußersten Linken, der Liberalen und der Sozialisten kostete man ihm Beifall. Die Mehrheit der Kammer beobachtete eifriges Stillchweigen.

Eröffnung der italienischen Kammer.

Ueber die Eröffnungssitzung der italienischen Kammer schreibt das Berliner Tageblatt: Nur erkennen sei Kriegsbeginn war die Stimmung ganz allgemein bitter, herzlich, ja direkt feindselig gegen die Regierung.

An seiner Rede erklärte Ministerpräsident Orlando: Die hohe Haltung des Volkes entsprechend dem Gedenntum der Truppen. Er bescheinigte das hereingebrochene Unglück als unumwendbar und erklärte, eine Unterdrückung wegen der Ursachen würde jetzt nur die Kraft, es wieder gut zu machen, schwächen.

Zu den internationalen Verhältnissen übergehend, lobte Ministerpräsident Orlando u. a.: Die alliierten Mächte lösten sich von dem Gedanken der Rächung vor der Rationalität leiten und sind übereinstimmend der Ansicht, daß die Schaffung eines unabhängigen und unteilbaren Volens unter Bedingungen, die geeignet erscheinen, seine freie politische und wirtschaftliche Entwicklung zu sichern, eines der Elemente eines gerechten und dauerhaften Friedens und einer Rechtsordnung in Europa darstellten.

Die kirchlichen Ereignisse der russischen Revolution sind kein Anlaß zum Trost. Die Partei, die sich in diesem Augenblick in Petersburg der Regierung bemächtigt hat, stellt nicht ordnungsmäßig Ausland dar, und die Alliierten warten darauf, eine Regierung als gefährlich anzuerkennen, die der erste und dauerhafteste Ausdruck des Volkswillens ist und das Recht haben wird, im Namen des russischen Volkes zu sprechen. Inzwischen kann man sich nicht verbergen, daß die Schwäche des Auslandes sehr schmerzliche Folgen gehabt hat, unter denen bis jetzt hauptsächlich Italien zu leiden hat. Man darf auch den Schaden nicht gering anschauen, den die Sache der Entente durch die beträchtliche Verschärfung im Verhältnis der militärischen Streitkräfte erleidet. Indessen muß man zugleich hervorheben, daß ähnliche Verschärfungen in dem einen oder anderen Sinne in diesem Kriegesverlauf nicht gefehlt haben, aber niemals entscheidend gewesen sind.

Die Faktoren des Sieges, Menschen und Material, meinte Orlando, seien noch immer auf Seiten der Entente, und die neuen Vereinbarungen werden sie besser zur Geltung bringen, da der gemeinsame Kriegstrag der Alliierten und der gemeinsamen Marinekräfte, Mittel und Bedarf der Alliierten einheitlich herbeiführen würden; außerdem würden alle Alliierten das ihre tun, damit Japans Lebensmittel, Steinkohlen und Rohstoffe zur Fortsetzung des Krieges erhalte.

Orlando begründete die Kriegserklärung der Vereinigten Staaten an Oesterreich-Ungarn und die weitestgehende Hilfe, die Italien dadurch gegen den gemeinsamen Feind erwies. Dieses Ereignis bewerte von neuem den weltumfassenden Charakter dieses Krieges und seine ideale Bedeutung. Nach Anträgen auf die geistige Erhaltung der Mittelmächte sagte Orlando, die übrige Welt sollte nicht irgend einen Frieden, sondern den Kampf um einen endgültigen Frieden, der in der künftigen Organisation Europas allen kleinen oder großen Völkern die berechtigten und natürlichen Bedingungen ihrer politischen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung sichere, in der unerschütterlichen Einheit aller nationalen Bewegungen. Auf diesen Grundlagen sind wir bereit zum Frieden. So behauptete Orlando, schloß Orlando, daß es noch immer und auch weiterhin stols ist, sich für eine gerechte Sache zu schlagen, und seinen Glorien an den Triumph der Freiheit und der Gerechtigkeit aufrechtzuerhalten.

Am Schluß beehrte der Präsident die französischen und englischen Soldaten auf italienischem Boden, und feierte die Kriegserklärung der Vereinigten Staaten an Oesterreich-Ungarn. Ministerpräsident Orlando wiederholte unter großem Beifall die Erklärungen, die er schon vor der Kammer abgegeben hatte.

Zu den Friedensverhandlungen.

Berlin, 13. Dezember. Die russische Delegation ist am 12. Dezember zur Fortsetzung der Waffenstillstandsverhandlungen zur abendgemäßigten in Braxtowitz wieder eingetroffen. Die nächste Vollziehung findet am 13. Dezember vormittags statt.

Am 12. Dezember. Des Wiener Z. Z. Telegramm-Korrespondenz-Bureau meldet: Wie von unternichteter Seite mitgeteilt wird, entspricht die aus Kopenhagen kommende Nachricht über die Mobilisierung der russischen Armeen nicht den tatsächlichen Verhältnissen. Die Mobilisierung ist schon vor einigen Wochen die Entlassung der drei, die jetzt auch vor älteren Jahrgänge verfügt. Anordnungen über eine weitere Verminderung der russischen Truppenbestände wurden aber bisher, soweit bekannt, nicht erlassen. Zu Buchanan's letzter Rede in Petersburg schreibt die Prawda, daß man mit einem Waffenstillstand beginnen müsse, um nachher die Bedingungen eines allgemeinen Friedens zu erörtern, und daß Buchanan in seiner letzten Rede vorschlug, unter den Alliierten die

Friedensbedingungen zu erörtern, um dann einen allgemeinen Waffenstillstand schließen zu können. Das offiziöse Organ der parlamentarischen Regierung Rußlands schloß an diese Erklärung herbeizuholen die folgende Bemerkung: „Das Unvermögen auf der Alliierten-Seite in Paris zu Beschäftigung zu kommen, und durch Bundesbescheidungen in die Lage einer Auflösung in den nächsten Tagen der Alliierten beizutreten, werden in denen man die zureichende Kraft der Vorkriegs- und Kriegszeit haben, um die Friedenspolitik nicht mehr anzuzweifeln.“ Die Prawda rühmt sich, die Bewegungen der Massen in den Ländern der Alliierten auch diese zwingen werden, sich an den Verhandlungen zu beteiligen.

Neues zur Westlage.

Madrid, 13. Dezember. Reuter meldet aus Reusport: Nach einer Denkung aus Reus hat das Repräsentantenhaus den Kriegszustand zwischen Ruß und Oesterreich-Ungarn beschlossen.

Madrid, 13. Dezember. (Melbung der Agence Havas). Der Ministerpräsident hat gestern abend, dem König demnachst einen Befehl über die Auflösung der Kammer und die Anordnung von allgemeinen Wahlen erteilt. Die neue Kammer wird sich mit dem Annahmestillsitzung zu beschaffen haben.

Am 12. Dezember. (Melbung der Agence Stefani). In der Kammer wurde ein Antrag über die Wahlen in der Provinz Sagoré in der Sitzung vom 14. November gefaßt, hat sich im Dezember beträchtlich verbessert. Wenn sie gleichmäßig noch ernst bleibt, so zeigt doch ein Vergleich, welche lächerliche Rolle er jetzt spielt. Es sollen hier keine militärischen Angelegenheiten in Betracht kommen, man muß sagen, daß das Halten der Frontlinie unter so außergewöhnlichen Umständen über eine Tatsache darstellt, deren militärischer und moralischer Wert unbestreitbar ist.

Am 13. Dezember. (Melbung der Agence Stefani). In der Kammer entspann sich nach der Rede des Ministerpräsidenten Orlando eine Erörterung über die Erklärungen der Regierung. Abgeordneter Torre stellte den Antrag, die Kammer möge sich in einer Beschlusse Sitzung zusammensetzen. Mehrere Abgeordnete sprachen dagegen. Orlando erklärte, die Regierung könne keine öffentliche Erörterung über die besten Fragen annehmen, sie verlange für militärische Fragen eine Geheimhaltung und stelle in dieser Beziehung die Vertrauensfrage. Der Antrag Torre auf Auflösung einer Beschlusse Sitzung, der von der Regierung angenommen worden war, wurde mit 274 gegen 52 Stimmen abgelehnt.

London, 13. Dezember. (Reuter). Carson hielt am Mittwoch im Kolonialinstitut eine Rede über den Weltfrieden, in der er sagte, die Frage des britischen Handels sei so eng mit dem Krieg verbunden, daß man das eine kaum von dem anderen trennen könne. England wolle den Krieg nicht verlieren, indem es auf England wünsche seine friedliche Durchführung von deutscher Seite mehr und werde Deutschland nimmermehr aufgegeben, unter der Maske des friedlichen Handels sich eine Kriegszentrale zu schaffen. Nach dem Kriege werde Mangel an Rohmaterial bestehen und die Beschlüsse sollten genau, daß ihr Handel nicht wieder hergestellt werden kann, wenn ihnen das britische Reich und die Alliierten nicht helfen. Carson schloß: Ich predige nicht den Bogott nach dem Kriege, erkläre aber mit Nachdruck, daß wir Deutschland absolut klar machen müssen, daß es, je länger der Krieg dauert, desto weniger Aussicht hat, von dem viel zu geringen Angebot an Rohstoffen einen Anteil abzubekommen. Das britische Reich verfügt über riesige Mengen an Rohmaterial. Nach dem Kriege wird es Deutschland nicht möglich sein, ohne unsere Zustimmung etwas davon zu erhalten.

Amsterdam, 13. Dezember. (Reuter). Courant meldet aus London: England wolle den Krieg nicht verlieren, indem es auf England wünsche seine friedliche Durchführung von deutscher Seite mehr und werde Deutschland nimmermehr aufgegeben, unter der Maske des friedlichen Handels sich eine Kriegszentrale zu schaffen. Nach dem Kriege werde Mangel an Rohmaterial bestehen und die Beschlüsse sollten genau, daß ihr Handel nicht wieder hergestellt werden kann, wenn ihnen das britische Reich und die Alliierten nicht helfen. Carson schloß: Ich predige nicht den Bogott nach dem Kriege, erkläre aber mit Nachdruck, daß wir Deutschland absolut klar machen müssen, daß es, je länger der Krieg dauert, desto weniger Aussicht hat, von dem viel zu geringen Angebot an Rohstoffen einen Anteil abzubekommen. Das britische Reich verfügt über riesige Mengen an Rohmaterial. Nach dem Kriege wird es Deutschland nicht möglich sein, ohne unsere Zustimmung etwas davon zu erhalten.

Amsterdam, 13. Dezember. (Reuter). Courant meldet aus London: England wolle den Krieg nicht verlieren, indem es auf England wünsche seine friedliche Durchführung von deutscher Seite mehr und werde Deutschland nimmermehr aufgegeben, unter der Maske des friedlichen Handels sich eine Kriegszentrale zu schaffen. Nach dem Kriege werde Mangel an Rohmaterial bestehen und die Beschlüsse sollten genau, daß ihr Handel nicht wieder hergestellt werden kann, wenn ihnen das britische Reich und die Alliierten nicht helfen. Carson schloß: Ich predige nicht den Bogott nach dem Kriege, erkläre aber mit Nachdruck, daß wir Deutschland absolut klar machen müssen, daß es, je länger der Krieg dauert, desto weniger Aussicht hat, von dem viel zu geringen Angebot an Rohstoffen einen Anteil abzubekommen. Das britische Reich verfügt über riesige Mengen an Rohmaterial. Nach dem Kriege wird es Deutschland nicht möglich sein, ohne unsere Zustimmung etwas davon zu erhalten.

Russische Wirren.

Amsterdam, 13. Dezember. Reuter meldet aus Petersburg: Eine dröhnige Nachricht aus Ostow besagt, daß Kaleb in die Stadt belagert. Bei Kalebtschewen ist ein Kampf im Gange. Die maximalen Truppen werden durch Geschütze von Abteilungen der Schwarz-Weissen unterstützt. Bei Sotogrod dauert der heftige Kampf fort. Beide Parteien haben große Verluste.

Petersburg, 13. Dezember. Nach einer Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur veranlassen die Beschlüsse des Beschlusses der Regierung vor dem Taurischen Palais, an der sich einige Tausend Personen beteiligten. Etwa dreißig Personen drangen in das Palais ein und erklärten sich als verfassungswidrige Versammlung. Die Petersburger Telegraphen-Agentur bescheinigt diesen Vorfall als wenig erheblich zu nehmen und lächerlich.

Petersburg, 12. Dezember. (Melbung der Petersburger Telegraphen-Agentur). Ein Erlaß ordnet die Verhaftung der gegen die Revolution feindseligen Militär- und Zivilisten an. Die führenden Mitglieder der Kadettenorganisationen müssen, da sie Feinde des Volkes sind, es selbst in die Hände der Justiz zu übergeben. Die Kommandanten dieser Organisationen müssen Maßnahmen zur Überwachung der Kadettenorganisationen im Hinblick auf ihre Einverständnis mit den Militär- und Zivilisten Kaleb und Kornilow gegen die Revolution treffen. Der Erlaß tritt mit dem Augenblick der Veröffentlichung in Kraft.

Petersburg, 12. Dezember. (Reuter). Kaleb in drohte, daß verschiedene Kriegsgeschäfte des Schwarzen Meeres in Zaganog ankommen und trotz des Widerpruchs der Soldaten Truppen landen. Es laßten dann nach der Donmündung weiter, um sich dort nach Ostow zu begeben.

London, 13. Dezember. (Reuter). Morning Post erzählt aus Petersburg vom 11., daß der Bericht über einen angeblichen Sieg der maximalistischen Truppen bei Belgorod nicht richtig ist.

Ein verirrtes englisches Luftschiff.

Amsterdam, 13. Dezember. Heute früh landete in Genua ein englisches Luftschiff ohne Besatzung. Das Luftschiff blieb zwischen den Häusern hängen und richtete beträchtlichen Schaden an. Vermutlich hatte die Besatzung das Schiff vor der Landung verlassen. Man fand in der Gondel noch Briefe, Karten und Akte der Besatzung und die Motoren waren noch im Gange.

Bei Genua wurde heute früh ein englisches Luftschiff ohne Besatzung aufgefunden. Man glaubt, daß es der Besatzung des fremden Luftschiffes gehört. Es wurde nach Vortrecht gebracht, um dort interniert zu werden.

Amsterdam, 13. Dezember. Das heute bei Genua gelandete Luftschiff ist das englische Leucht-Luftschiff „Aurora“, das gestern um 6 Uhr früh in England aufgefunden wurde und sich im Nebel verirrt hatte.

Amsterdam, 13. Dezember. In Portugal (Brazila) sind vier Mann der Besatzung des verirrten englischen Luftschiffes eingetroffen. Sie wurden nach dem Haag gebracht.

Ein französischer Urlaubertag verunglückt.

Bern, 12. Dezember. Gestigte die Bespannung mehrerer Eisenbahnen, das im Tunnel bei Moirans ein französischer Urlaubertag eingeleitet ist, wobei achtzig bis hundert Menschen ums Leben gekommen sein sollen. Die Krümmen des Zuges hätten Feuer gefangen.

Die Opfer der Explosion in Halifax.

Halifax, 12. Dezember. (Reuter-Meldung.) Nach amtlicher Mitteilung beträgt die Zahl der Toten bei dem Explosionsunfall 1228 Personen, von denen 701 festgelegt worden sind. 400 Personen werden vermisst.

Am 12. Dezember, 18. Dezember. Einem heftigen Sturm zufolge meldet Times aus Ottawa: Der kanadische Premierminister hat die richtiger telegraphisch, daß infolge der Explosion in Halifax mehr als 10 000 Menschen verunglückt und 27 000 Personen obdachlos wurden.

Neutrale Schiffe in englischer Obhut.

Nach Nachrichten aus Göttingen sind während der letzten Wochen Nordsee mit einem aus 25 Fahrzeugen bestehenden Geschwader bei der Arbeit gewesen, das nach Nordwegen auf Fahrten mit Mineralen und Holz untergegangen, darunter der schwedische Dampfer „König“. In Göttingen traf der Dampfer „Alma“, „Alta“ und „Gota“ in schwer beschädigtem Zustande ein. Der große Geleitzug war nur von zwei englischen Zerstörern und einem Wachfahrzeug geleitet, die bei Ausbruch des Unglücks die ihnen unterworfenen Schiffe im Sicht haben und umschifften. Wie weiter bekannt wurde, haben die britischen Fahrzeuge aus England Sturmwarnungen erhalten, es aber unterlassen, dies den neutralen Schiffen mitzuteilen.

Kriegsausgaben der Entente seit 12. Dezember 1916.

Das Jahr, das der Zurückweisung des deutschen Friedensangebotes am 12. Dezember 1916 folgte, kommt der Entente teuer zu stehen. Abgesehen von den Verlusten an Menschen, Material, Gerät und Wärfen erreichten die reinen Kriegsausgaben eine ungeheure Höhe. Nach Ententequellen haben in diesem einen Jahr aus England 85 Milliarden Mark, Frankreich 85,2 Milliarden, Rußland 46,4 Milliarden, Italien 12,2 Milliarden, Amerika 28,1 Milliarden. Das ergibt die gemauerte Summe von 200 Milliarden für ein einziges Jahr. Demgegenüber stehen für Deutschland 96 Milliarden, Österreich-Ungarn 18,7 Milliarden, Türkei 0,66 Milliarden, Bulgarien 0,64 Milliarden, zusammen für die Mittelmächte 96 Milliarden. Die ungeheuren Zahlen der Entente bedeuten eine bedeutende Zunahme gegen die früheren Kriegsjahre. So liegen die 35 englischen Milliarden der letzten 12 Monate gegen nur 68 Milliarden der vorangegangenen 28 Monate, während die 86 Milliarden der Mittelmächte nur eine leichte Erhöhung gegenüber den 82,2 Milliarden der fünfzehn früheren Kriegsjahre bedeuten. Das Verhältnis wird sich in den nächsten Kriegsmontaten noch mehr zugunsten der Entente verschlechtern und das Ergebnis wird um so höher sein, als zwar die Mittelmächte ihre Kriegskosten fast ganz im eigenen Lande aufbringen, die Ententeländer dagegen außerordentlich schwer beschuldigt sind.

Der Krieg im Westen.

In Flandern steigerte sich am 12. Dezember die Artillerie-Tätigkeit gegen unsere Stellungen in Gegend Dismuiden. Auch unsere Stellungen zwischen Bahn Boesinghe - Staden und Ipern - Wälfers erhielten zeitweise lebhaften Beschuss, der besonders um 10 Uhr nachts und wiederholt auch abends anhielt. Bahnanlagen und Lager bei Ipern, Batterien südwestlich Dismuiden, die militärischen Anlagen in den Orten Dünkirchen, Bourmes, Ewerdingen und Woperinghe wurden bei beobachteter guter Wirkung mit Bomben belegt. Westlich Cambrai entziffen eigene Stoktruppen südlich Ballecourt dem Engländer in etwa 600 Meter Breite ein Grabensystem und brachten außer 6 Offizieren und 84 Engländern, 4 Maschinengewehre und 3 Minenwerfer als Beute ein. Auf der Cambrai-Front lag sich am 13. Dezember seit 6 Uhr vorzmittags lebhafter, auf die Nachbarkampfschritte übergreifender Artilleriekampf entwickelt. In mehreren Stellen der französischen Westfront brachten wir aus erfolglosen Unternehmungen Gefangene und Beute ein.

Der Krieg in Italien.

Eine Artillerieschlacht an der Brenta. Cugeno, 12. Dezember. Nach den Meldungen der italienischen Kriegsberichterstatter von der Front bei Cugeno eine äußerst heftige Artillerieschlacht gegenwärtig im Übergang zu beiden Seiten der Brenta, wo die deutsch-österreichischen Heere bedeutende Verstärkungen



und namentlich gewaltige Artilleriemassen herangezogen haben, um den Durchbruch in die Ebene nach dem Eintritt des Winterwetters zu erzwingen. Inzwischen liegt das Grappa-Massiv in dem wehrlich vorgelagerten Höhen unter schwerem Kanonenfeuer aus den am östlichen Brenta-Ufer vom Schemon-Stelle bis zum Rabonecero eroberten Stellungen und vom Monte Alfier her. Nach dem Bericht des Generalen vom Hauptquartier liegt nicht weniger als 1500 Geschütze auf beiden der Armeen Fronten, während die Fronten gegen das Grappa-Massiv angelegt. Ihre verheerende Wirkung gibt auch Bergini in einem Telegramm an dem Corriere della Sera zu. Der unmittelbare dem Grappa vorgelagerte Col Beretta liegt unter einem mit zahlreichen Gasmaschen durchsetzten Kanonenfeuer, das Bergini als „höllisch“ bezeichnet. Dagegen sollen die Angriffe am Piave nur demontierten Charakter haben.

Der deutsche Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, 13. Dezember. (Zimmler.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. Von Dismuiden bis zur Eya und südlich von der Scarpe zeitweilig ruhige Artillerietätigkeit. Ostlich von Bittercourt entziffen unsere Truppen dem Engländer mehrere Hinterhöfe und nahmen sechs Offiziere und 84 Mann gefangen. Zwischen Meuse und Denshulle haben sich die schon am Abend lebhaften Artilleriekämpfe heute morgen verschärft. Auch südlich von St. Quentin geführtes Feuer.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

In Verbindung mit Erdbebenstörungen lebte in einzelnen Abteilungen die Feuerstätigkeit auf.

Östlicher Kriegsschauplatz.

Wie vermeldet, begannen heute im Befehlsbereich des Generalstabschefes Prinzen Leopold von Bayern die Verhandlungen über die Abgabe eines Waffenstillstandes, der die zuerst bestehende Waffenruhe ersetzen soll.

Macedonische Front.

Im Cerina-Bogen wurden in kleineren Unternehmungen eine Anzahl Italiener und Franzosen gefangen.

Italienische Front.

Bei Schneefall und Nebel blieb die Gefechtsstätigkeit gering. Der Erste Generalquartiermeister. Lubenborff.

Berlin, 13. Dezember. (Zimmler.) Letzte Streitkräfte unter Führung des Korvettenkapitän Heintze haben am 12. Dezember morgens 10 Uhr unter der englischen Flagge vor der Lüneburger Bucht den feindlichen Handelsverkehr angehalten. In erfolglosem Gefecht mit den englischen Vorposten wurden zwei große Dampfer und zwei kleinere Patrouillenschiffe zerstört. Weitere Streitkräfte tehrten ohne eigene Verluste oder Beschädigungen zurück. Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Der österreichische Generalstabsbericht

Wien, 13. Dezember. (Zimmler) wird veröffentlicht:

Westlicher Kriegsschauplatz.

Waffenruhe. Die Verhandlungen über einen Waffenstillstand an allen russischen Fronten wurden heute früh wieder aufgenommen.

Italienische Kriegsschauplatz.

Schnee und Nebel verhielten gestern in den Venezianischen Gebieten schwere Kampfverhältnisse. Die Truppen des Feldmarschalls Conrad haben nach bisheriger Zählung in den vierzigsten Kampfen um das Meistfeldziel 639 italienische Offiziere und über 16 000 Mann als Gefangene eingebracht. Die Beute liegt bei 93 Geschützen, 233 Maschinengewehren, 4 Mitrailleusen, 61 Minenwerfern und vielem andern Kriegsgut zusammen. Der Chef des Generalstabes.

Der Krieg zur See.

Berlin, 13. Dezember. (Zimmler.) Im Mittelmeer wurden wieder 12 Dampfer und 6 Segler mit über 50 000 Brutto-Register-Tonnen von unsern U-Booten versenkt. Die Mehrzahl der Dampfer wurde trotz starker Sicherung durch U-Boots-Jäger, Zerstörer und Jähdampfer aus Geleitzügen herausgeholt. Zahlreiche Gegenwirkung der Geleitzüge blieb in allen Fällen erfolglos. Der Transporterichter nach Italien und den Kriegsschauplätzen am südlichen Mittelmeer erlitt erhebliche Einbußen. Im besonderen konnte ein großer versenkter Dampfer als Transportposten nach Italien erkannt werden. Bei einem anderen wurde die Bestimmung nach Salonik festgestellt. Unter den versenkten Schiffen waren ferner die versenkten englischen Dampfer Karana, 528 T., Kohlen, 4732 T., und Doid, 4159 T., sowie ein mit mindestens acht Geschützen bewaffneter Hilfszerstörer, dessen Bestimmung beim Untergang nachweislich vermisst ist. Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Amsterdam, 13. Dezember. Die Blätter melden aus London, daß Klops zufolge die englischen Dampfer Britannia und Calliope vermisst sind. Hongkong, 13. Dezember. (Meldung des Konsulats Bureau.) Gellern war eine mehrstündige Kanonade westlich von Uffre hörbar, am stärksten von 1 bis 3 Uhr nachmittags. Im Brandfeld, zwischen Hongkong und Bergen, traf ein stark beschädigter englischer Torpedozerstörer ein. Einzelheiten fehlen.

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

Zur Wahlrechtsfrage

Schreibt Genosse Scheidemann: Es wird keine Ruhe in Preußen sein, bis das gleiche Wahlrecht erkämpft worden ist! Die preußischen Junter und ihre Vorherrscher aller Schattierungen sollten sich irgendwelchen Zählungen darüber nicht mehr hingeben, sollten vielmehr das Spiel mit dem Feuer sein lassen. Die Männer, die aus den Schützengräben heimkehren, haben in Krommelfeuer jede Furcht verlernt. Sie haben nirgendwo Schützengräben in der ersten Feuertaufe für die Wähler erster Klasse referiert gefunden. Von Kriegsjahr zu Kriegsjahr ist ihr Entschluß immer fester geworden, Leib und Leben nur einzusetzen für ein neues Deutschland, nicht aber zum Schutze von Vorrechten für Geburt und Geld.

Der König von Preußen hat für die Einführung des gleichen Wahlrechts sein Wort in feierlicher Weise verpfändet. Der Kaiser des Reiches, der preussische Ministerpräsident, sein Stellvertreter und der preussische Minister des Innern haben das gleiche getan. Sie befanden sich damit, daß sie vor den Zeichen der Zeit ihre Augen nicht verschließen wollen. Wehe denen, die es aus Klassegeiz tun!

Die Debatte darüber, ob das gleiche Wahlrecht gleichgültig sei, ob es gerecht, ob es notwendig sei, werden nachdrücklich ebenso unerträglich wie das Wahlrecht selbst. Wer nicht mit politischer Gleichgültigkeit, mit wachsendem, daß das gleiche Recht bei der Wahl ebenso verfahrenblich sein muß wie nach der Verfassung alle Preußen vor dem Geleiche gleich sein sollen. Das deutsche Volk - nicht nur das preussische - wird es sich nicht mehr gefallen lassen, daß eine Schicht, die im Volke nur ein kleiner Bruchteil ist, die Geschicke des Landes bestimmt. Der preussische Landtag ist der festeke Präsidentenrat der Reaktion, er muß fallen und er wird fallen, denn ein demokratisches Preußen ist unendlich wichtiger für Deutschland

und seine Weltmachtstellung, als jede Gebietsvermehrung es sein könnte. Ein freies Preußen und damit ein freies Reich werden das deutsche Volk in die Lage setzen, all Folgen des Krieges schneller zu überwinden, als es erzwungene „Ersatzleistungen“ tun könnten, derenwegen der Krieg auf unvorhergesehene Zeit fortgesetzt, derenwegen weitere Tausende blühender Menschenleben geopfert werden müßten.

Es gibt keine Meinungsverschiedenheiten in der deutschen Arbeiterschaft über die unbedingte Notwendigkeit der gleichen Wahlrechts, und die Entschlossenheit der Arbeiterarbeit, das gleiche Wahlrecht unter allen Umständen zu erzwingen, ist unerschütterlich.

Die Wahlrechtskommission des preussischen Abgeordnetenhauses

hat sich am Donnerstag gebildet und den Natl. Abg. Hausmann zum Vorsitzenden, den Konservativen Lebrun zum Stellvertreter gewählt. Die Zusammenkunft der Kommission ist für die Wahlrechtsfrage nicht gerade günstig. Es gehören ihr aus den Konservativen die Abg. Delbrück, Graef, Graf v. d. Groben, Hammer, Herrmann, Dr. v. Hebebrand, Kretsch, Dr. v. Kries, Frhr. v. Matzahn, v. d. Osten, Seilmann, Winkler; von den Freikonservativen die Abg. Krause-Waldenburg, Widius, Martin, Frhr. v. Schneiditz; von den Nationalliberalen die Abg. Hausmann, Rünger, Dr. Rohmann, Dr. Lubowitz, Dr. Schifferer und Dr. Schäfer; von den Fortschrittlichen die Abg. Lippmann, Dr. Bohnke, Dr. Wiemer; vom Zentrum die Abg. Dr. Bell, Bittig, Giesbers, v. d. Hagen, Herold, Heimgartner, Dr. Vorst, Graf v. Stradowitz; ferner der Volkspartei und der Sozialdemokratie Friedrich-Berlin. Sichere Anhänger eines gleichen Wahlrechts liegen also höchstens zehn in der Kommission. Es wird alles auf die Haltung der Nationalliberalen und des Zentrums ankommen, wobei man sich ins Gedächtnis rufen muß, daß von den Zentrumsmitgliedern der Kommission der Abg. Bittig zu dem gehört, die bei der entscheidenden Abstimmung am 20. Mai 1912 über die Einführung des allgemeinen, direkten und gleichen Wahlrechts gestimmt haben, während Graf Stradowitz sogar eine derartigen ist, von denen sein Fraktionsfreund Graf Spee 1906 festhielt, daß er gleich ihm früher einmal einen Wahlrechtsantrag des Zentrums nicht unterschrieben hat.

Beginn der Verschleppungstaktik.

Die Verträge, das Zustandekommen der Wahlrechtsreform zu verschleppen, haben bereits mit voller Kraft angefangen. Nicht nur daß die erste Sitzung der Wahlrechtskommission erst am 11. Januar stattfinden soll, ist auch in Aussicht genommen, zunächst in eine Generaldebatte einzutreten und erst nach deren Erledigung an die Beratung der einzelnen Geleitzüge zu gehen. Dazu kommt, daß die Regierung erachtet werden ist, der Kommission umfangreiches Material zu unterbreiten, u. a. soll sie eine Geschichte des Wahlrechts vom Laufe der Abgeordneten und eine Geschichte des Herrenhauses geben; ferner soll sie die geistlichen Bestimmungen der aufpreussischen Länder befragen und auch die statistischen Ergebnisse der letzten Wahlen mitteilen. Da außerdem von konservativer Seite einfindigst worden ist, daß noch weiteres Material eingefordert werden wird, so können sich die Verhandlungen verweh wie lange ausdehnen. Und das, obwohl der bekannte Verschleppungskommissar, Abgeordneter v. Zedlitz, nicht einmal Mitglied der Kommission ist, wie uns mitgeteilt wurde, er sei bei der in seiner Fraktion vorgenommenen Sittelwahl durchgefallen.

Udenburg-Januschau hat den Krieg verloren.

Auf der Tagung der Konservativen Westpreußens hat Herr von Udenburg-Januschau, der für seine Person vom Kriege genug und den Waffentod ausgesprochen hat, über den angeblich vorliegenden „Untergang“ Preußens gesprochen. Also sprach der Januschaue:

„Wenn jetzt in Preußen ein allgemeines Wahlrecht eingeführt wird, dann haben wir den Krieg verloren.“ In allgemeines Wahlrecht besteht schon in Preußen. Herr von Udenburg meint also: wenn das gleiche Wahlrecht eingeführt wird, die Bemerkung des Herrn von Udenburg-Januschau ist zutreffend: Wenn das gleiche Wahlrecht in Preußen eingeführt wird, haben die Großgrundbesitzer und Kriegsgewinner den Krieg verloren. Dann wird ihnen nach dem Kriege alles wieder abgenommen, was sie unter Ausnutzung der Notlage des Volkes an diesem profitiert haben. Dieser Verlust des Krieges scheint die Junter so sehr zu kränken, daß sie lieber den großen Weltkrieg verloren geben möchten. Es ist die alte Parole, welche die preussischen Junter in der Reformzeit nach Jena ausgesprochen und befolgt haben: Lieber noch eine Schlacht von Jena zu verlieren, als das Oktober-Erblut (über die Bauernbefreiung) hinnehmen. Aber so wenig die Junter nach Jena Städte-Ordnung und Befreiung der Erbuntertänigkeit zu verbinden vermochten, so wenig werden sie jetzt das gleiche Wahlrecht in Preußen zu Fall bringen.

Um die Nachfolge Spahn im Reichstagswahlkreise Bonn Rheinbach, die am 15. d. M. stattfindet, wird ein heftiger Kampf zwischen zwei Zentrumskandidaten entziffen: zwischen dem Rechtsanwalt Jenz und dem Justizrat Wbs in Bonn. Die Werbung, daß eine Entziffung ergibt ist, war falsch, das Bonner Zentrum behält Deutsche Reichstagswahlrecht. Wbs hat auf, obwohl die Vertrauensmännerverammlung sich für Jenz entschieden. Wbs wird als Vertreter der Interessen der kleinen Leute, der Handwerker und Kleinrentner gelten.

Städtischer Nahrungsmittelverkauf.

Fortsetzung der Weihnachts-Berteilung.

Sonnabend, vormittags von 8 1/2 - 11 Uhr: Nr. 7001 - 11 000, nachmittags von 2 - 5 Uhr: Nr. 11 001 - 14 000 der Lebensmittel.

Bekanntmachung.

Zreibant-Beruf.

Zum Freibant-Beruf am 15. Dezember werden die nachfolgenden Nummern zugelassen:
3. d. 11. Nr. 4701 - 4800
" 9 " " 4801 - 4900
" 10 " " 4901 - 5000
" 11 " " 5001 - 5100

Salze, am 13. Dezember 1917.

Der Magistrat.

Mittwoch, 12. Dezember, mittags 12 Uhr.

Vom Ministerpräsidenten Dr. Brüning, Dr. Dreuss, ... (Sehr gut links.) Dieser waren die unangenehmsten ...

eine gewisse Wandlung

erfahren. (Sehr wahr rechts.) Dr. Michaelis hat von der ... (Sehr gut rechts.) Die Vaterlandspartei will den deutschen ...

Minister des Innern Dr. Dreuss: Der angebotene Erlaß enthält ... (Sehr wahr rechts.) Ich will diesen Erlaß nicht auf ein Urteil ...

alle politischen Parteien gleich zu behandeln.

(Sehr gute Zustimmung links.) Ich will allen Parteien gegenüber ... (Sehr wahr rechts.) Auf diesem Standpunkt wird die ...

Die Grundlagen, die ich von den Beamten begehrt wissen will, ... (Sehr wahr rechts.) Keinen Beamten soll, wenn er dieser oder jener Partei ...

einen Druck zugunsten oder ungunsten einer Partei

auszuüben; ebenso darf er bei seinen amtlichen Entscheidungen ... (Sehr wahr rechts.) Keinen Beamten soll, wenn er dieser oder jener Partei ...

Abg. Ranzow (Sp.): Unserem pflichtstreuen und patriotischen ... (Sehr wahr rechts.) Keinen Beamten soll, wenn er dieser oder jener Partei ...

Ämtliche Bekanntmachungen

Bekanntmachung.

Diejenigen Inhaber von Kleinhandelsgeschäften, welche Kundenlisten ...

Halle, am 13. Dezember 1917.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Die Inhaber von Apotheken- und Drogengeschäften werden hierdurch ...

Halle, am 13. Dezember 1917.

Der Magistrat.

Gute Schlafstellen

für Arbeiterbetriebsräte sind zu melden an die ...

Als Schneidermeister

empfiehlt sich für alle vorstehenden Arbeiten, wie auch ...

Damen- u. Kinder-Bekleidung

Wir empfehlen in reichster Auswahl: Mäntel, Kleider, Jackenkleider, Röcke, Blusen ...

Brummer & Benjamin, Gr. Ulrichstr. 22-23 Arbeiter Abonnieren die „Volksstimme“!

Stadt-Theater

Freitag, den 14. Dezbr. 1917 Das Konzert

Thalia-Theater

Sonntag, den 16. Dez. 1917 Verleberg

Grammophon-Platten

Umtausch gegen neue Platten Gustav Uhlig

Halle und Saalfreis.

Halle, 14. Dezember 1917.

Seine Erhöhung der Kartoffelration!

Wie wir schon gestern an dieser Stelle durch die Wiebengabe einer amtlichen Ausföhrung gezeigt, geht die Meinung der verantwortlichen Regierungsstellen dahin, daß es unmöglich wäre, mehr als 7 Pfund Kartoffeln zu geben.

Diese Meinung ist nun auch vom Kriegsernährungsamt selbst ausdrücklich vor aller Öffentlichkeit vertreten worden, und zwar in einer Vortagung, die jetzt der Unterstaatssekretär Müller mit Vertretern der Presse hatte. Er führte aus:

In den weiteren Volkswirtschaften ist der Wunsch nach einer Erhöhung der Kartoffelration von 7 Pfund auf 10 Pfund pro Kopf und Woche sehr lebhaft geäußert worden. Das Kriegsernährungsamt sieht sich nach keiner Lösung der Aufgabe gezwungen, eine Erhöhung der Ration abzugeben.

Nach der Ansicht der Bevölkerung haben wir eine gute Kartoffelernte, was nicht bezweifelt werden soll, immerhin wird aber auch die Kartoffel heute für Alles gebraucht, an die man im Frieden kaum gedacht hat. Vor allen Dingen ist die Futtermittelfrage sehr wichtig. Die Viehzucht bedarf eines Mittel auszufüllen, nicht aber auch aus, um die vorgeschriebene Ration zu decken zu können. Menschen und Tiere sehen an der pflichtmäßigen Ernährung, das Vieh ist vollständig auf die Produkte der heimischen Landwirtschaft angewiesen. Ein Ausgleich ist durch die Verringerung des Schweinebestandes geschaffen, dieses ist jedoch eine weitere Verringerung im Interesse eines höheren Wirtschaftserfolgs nicht möglich. Es ist unbedingt notwendig, das Vieh, das Zugvieh und die Milchvieh, sowie das Wildvieh zu erhalten, damit das Futtermittel in der Stadt und auf dem Lande, das zur Deckung des Viehbestandes notwendig ist, nicht zu kurz kommt. Zu diesem Zweck sind Kartoffeln notwendig, da das Hauptfutter für Vieh, das Vieh zu erhalten, die Getreide an Stelle des Hauptfutters Kartoffeln ersetzen.

Wir rechnen mit einer zur Verfügung stehenden Kartoffelernte von 34 700 000 Tonnen. Hieron erhalten die Selbstverarbeiter mit einer Ration von 1 1/2 Pfund pro Tag und Kopf 5 190 000 Tonnen, die Städte 7 340 000 Tonnen, die Lazarett-, Gefangenlager werden 840 000 Tonnen, für den Viehbestand in den Städten 630 000 Tonnen, für Lazarett-, Gefangenlager usw. 11 190 000 Tonnen, für die Fabrikationszwecke sind 800 000 Tonnen, für eine weitere Reihe Fabriken (Stärke, Zuckerrüben usw.) 558 000 Tonnen, für Pferde 80 000 Tonnen in Aussicht genommen. Das Meer erhält 1 600 000 Tonnen, die Marine 64 000 Tonnen. Bei der Verteilung mußte das Gesamtgut mit 5 842 000 Tonnen, die landwirtschaftlichen Erzeugnisse und Spiritusfabriken, die fast nur für das Meer arbeiten, mit 2 454 000 Tonnen eingerechnet werden. 20 Prozent wurden für Schwund angedreht, da landwirtschaftliche Erzeugnisse verloren gehen, so ist die landwirtschaftliche Ernte im Durchschnitt um 10 Prozent zu hoch. Die landwirtschaftliche Ernte im Durchschnitt um 10 Prozent zu hoch. Die landwirtschaftliche Ernte im Durchschnitt um 10 Prozent zu hoch.

Uns haben diese Gründe des Kriegsernährungsamts für die Ablehnung der Erhöhung nicht überzeugt. Wie sind nach wie vor der Auffassung, daß bei der vorhandenen guten Ernte eine Erhöhung auf 10 Pfund möglich ist und daher auch unbedingt im Interesse der Volksernährung durchgeführt werden muß. Schon heute werden wieder große Mengen Kartoffeln im Schleißhandel betrieben. Nur wer wünscht, daß dieser Handel noch größere Ausdehnung erfährt, kann wünschen, daß die zuletzt überlebenden Kartoffelratten den Landwirten zur Verfügung an das Vieh überlassen werden. Wozumal soll sich denn die häßliche Bevölkerung schließlich noch ernähren, wenn nun auch noch die Hauptnahrungsmittel, Kartoffeln und Brot, in durchaus ungenügender Menge gegeben werden.

Wir verlangen daher von unseren Vertretern, vor allem in den Kommunen, daß sie nachdrücklich für eine Erhöhung der Kartoffelration eintreten.

Gasverbrauch einschränken!

Von der Ortsbehörde wird uns geschrieben: In den letzten Tagen hat der Gasverbrauch in der Stadt Halle eine Zunahme erfahren, die darauf schließen läßt, daß die Verbraucher sich zumeist über die Bedeutung der Verordnung des Magistrats vom 5. Dezember 1917 betr. die Einschränkung des Gasverbrauches noch nicht klar geworden sind. Unter dem 5. Dezember 1916 war angeordnet worden, daß der städtischen Gasleitung vom 6. Dezember 1916 an nicht mehr als 1/2 des Verbrauches der gleichen Zeit des Jahres 1915 entnommen werden dürfe. Da nun seit August 1917 der Verbrauch an Gas durch Verwendung des Weichschmelzflusses für Elektrizität und Gas vom 26. Juli 1917 und der Bestimmungmachung des Vertrauensmannes vom 11. August 1917 allgemein auf 1/2 des Verbrauches der gleichen Zeit des Jahres 1916 eingeschränkt ist, so mußte für die Zeit vom 6. bis 31. Dezember 1917 diese letzte Vorschrift aufgehoben werden. Weil sonst für diese Zeit nur die Entnahme von 2/3 x 1/2 = 1/3, d. h. nur etwa der Hälfte des Verbrauches im Dezember 1915 gestattet gewesen wäre. Die erwähnte Bestimmungmachung des Magistrats vom 5. Dezember 1917 geht deshalb bis zum 31. Dezember die Entnahme der Verbrauchsmenge in der gleichen Zeit des Jahres 1916 uneingeschränkt, d. h. 2/3 des Verbrauches im Dezember 1915. Der für Dezember 1917 zulässige Verbrauch ist somit im allgemeinen noch etwas geringer als für November 1917. Die Gasverbraucher werden unter Hinweis auf vorstehende Mitteilungen erneut zu größter Sparsamkeit im Gasverbrauch ermahnt. Die Gaslieferung des städtischen Gaswerks ist seit einer Woche wieder so ungenügend, daß in einigen Tagen dazu geschrieben werden muß, die Gasabgabe zeitweise zu sperren, wenn es nicht durch Sparsamkeit im Gasverbrauch, Gasleistung und Gasabgabe in Uebereinstimmung zu bringen.

Studenten gegen die Vaterlandspartei.

Studierende der Heibelberger Universität haben an die übrigen deutschen Universitäten ein Rundschreiben gerichtet, das sich gegen die Vaterlandspartei wendet. Da uns die Rundgebung selbst bisher nicht vorliegt, sind wir auf die Wiebengabe der Deutschen Tageszeitung angewiesen.

Nach dieser Quelle erhebt der Heibelberger Ruf nach entschiedenen Protest gegen die Grundriehe der Vaterlandspartei und legt Verwahrung gegen die Annahme der deutschen Vaterlandspartei und ähnlicher Strömungen ein. Sonderintresse mit dem Worte vaterländisch zu bedeuten und zu schützen. Wir wissen, daß unsere Kultur von keiner fremden Macht erdrückt werden kann, verwerten aber auch den Versuch, andere Völker mit unserer Kultur zu bezaubern. Statt Wackererzeugung Vertiefung der Kultur, die Menschheitsfähigkeit zum Inhalt hat! Statt geistloser Organisation des Geistes!

In einem Begleitfreschen wird der Ruf als ein erster Schritt bezeichnet, der folgende Wirkungen haben solle: 1. Aufklärung der Studierenden zur Stellungnahme überhaupt. 2. Zusammenfluß aller Kräfte, die im wesentlichen gleiches bejahen (um herauszugreifen: Krieger; Republikaner; Militarismus; Anarchisten; die deutsche Kultur vernichtet werden kann, die Menschheitsfähigkeit als Inhalt hat! — und gleiches wollen. 3. Internationalistische Wirkung eines Gesinnungsbewusstseins.

Die Deutsche Tageszeitung fügt an die Mitteilung über die Heibelberger Aktion ein Schreiben „aus Hofschalkreien“, in dem an die „unentschiedenen Kräfte“ appelliert wird, und in dem weiter

von „phosphorhaltigen Sprengstoffen“, von „unflaren Köpfen“, von „erschreckendem Mangel an vaterländischen Empfinden“, von „schillernden Heberarten“ und „politischer Einfachsigkeit“ die Rede ist. Diefelben Angriffe gegen die Heibelberger Studenten fanden sich auch in der alldeutschen-Industriellen Deutschen Zeitung. Die Herren Professoren und die Studenten verschiedener Hochschulen, die sich mit „schillernden Heberarten“ für die Vaterlandspartei einsetzten, hätten doch noch die Pflicht, auch ihren anders denkenden Kommilitonen das freie Wort zu gestatten. Die protestierenden Heibelberger Studenten zeigen jedenfalls eine Eigenart, die man bei jungen Männern, und sogar bei alten, gelten lassen sollte. Rühmend den „Mut der freien Rede“.

Wir sind gespannt darauf, wie sich die hiesigen Studierenden dazu verhalten werden. Der Beitritt zu diesem Protest würde sich jedenfalls nur ehren.

* Wintermäntel und Kleider, nicht Sommermäntel. Durch die neue Bekleidungsliste ist, wie die Reichsbelegungsstelle mitteilt, die Frage der Zubereitung von Winter- und Sommermänteln dahin entschieden worden, daß jeder Anspruch auf einen Wintermantel, während der Sommermantel nur in Fällen von Krankheit begünstigt werden kann; außerdem kann nur in Gegenden, wo es die klimatischen Verhältnisse erfordern, auf besonderen Antrag des Kommunalverbandes hin den Bezugsstellen die Berechtigung gegeben werden, für die Bevölkerung ausnahmsweise Sommermäntel zu bewilligen. Ueber diesen Rahmen hinaus findet eine Bewilligung nicht statt. Es ist daher der Gebrauch von Sommermänteln im allgemeinen gegenüber der Friedenszeit erheblich eingeschränkt worden. Auf diese Tatsache müssen auch die Konfektionäre bei Neuherstellung von Sommermänteln Rücksicht nehmen. Es wäre eine unangebrachte Stoffverschwendung, wenn die Mantelstoffe, die sich sehr gut für Ärmel und Kleider verarbeiten lassen, jetzt zu Sommermänteln verwendet würden, die keinen Absatz finden können, weil Bezugsstellen in erheblichem Maße nicht ausgestellt werden dürfen.

* Staatliche Jugendpflege. Auf einer Jugendpfleger-Konferenz, die dieser Tage in Weichenfels stattfand, hat der Bezirksjugendpfleger Semprich folgenden Bericht über den Stand der Jugendpflege im Regierungsbezirk Merseburg gegeben: Sie hat trotz der schweren Zeit gute Fortschritte gemacht. Die Staatsregierung läßt ihr die größte Unterstützung zu teil werden. So sind rund 100 000 Mk. Weichseln gewährt, und denen sie zuteil wurden, haben eine ebenso hohe Summe aufgebracht. In dem neuerstandenen Mädchenheim in Klein-Bitschen-Bieritz, das 50 000 Mk. Kosten aufwand forderte, sind sechs Schwestern in der Jugendpflege tätig. Der für die Fabrikarbeiterinnen geplante Neubau wird sich auf 400 000 Mk. stellen. Die Lichtbilder-Belegstelle in Merseburg findet viel Zuspruch. Der unter dem Ehrenvorsitz der Frau Regierungspräsidentin a. O. Herrschfeldt veranstaltete Spielnachmittag für Mädchen hatte 34 Jugendvereinigungen zusammengeführt, so daß ein solcher auch im nächsten Jahre veranstaltet werden wird. Das gleiche gilt auch von dem auf 4 Wochen bemessenen theoretisch-praktischen Lehrgang in der Jugendpflege in Merseburg, der 40 bis 50 Teilnehmer vorweist und der Regierung etwa 8000 Mk. kostete. Kleinere Lehrgänge wurden auch mit Erfolg in einzelnen Bezirken abgehalten. Für die Aufnahme der Wandertätigkeit in weibliche Jugendvereinigungen ist auch eine Deme in Kurzen tätig. Der Vortragende betonte bei seinen Ausführungen mit Nachdruck, daß alle Schwestern in der Jugendpflege zu vermeiden ist; für ihre Förderung müssen begünstigte Personen tätig sein. Der Lehrer Gemmer (Meinewitz) berichtete über ein Jahr Tätigkeit in der von ihm geleiteten Jugendvereinigung, die in ihrer Hinsicht als vordringlich bezeichnet werden konnte. — Weiterhin wird über die Jugendpflege nach folgendes berichtet: Der Ortsausschuß für Jugendpflege in Merseburg hat eine reichhaltige, systematisch geordnete Ausstellung des Kriegsjubiläum veranstaltet. Diese

Rosi Jurküh.

74) Eine Geschichte aus den Alpen von Johannes Scherer. (Nachdruck verboten.)

Wird's Kapitel. Die Nacht der Bräunung.

Sie glaubte schon alles sich zurechtgefunden, alles überwunden, sich ganz in das Unvermeidliche gelassen zu haben, die arme Rosi, und dennoch erbeute sie jedesmal, wenn in den nächsten paar Wochen die Quastüre aufging, bei dem Gedanken: Jetzt kommt ein Brief von Thim oder eine Postkarte vom dem Warrer, die dich vor den Stillstand! beruht, von wegen der Scheidung.

Es kam aber wieder ein Brief noch eine beterrige Postkarte.

Einmal hatte sie sich schon hingelegt, dem Thim zu schreiben, daß sie auf alles gefaßt sei, daß sie ihm volle Freizügigkeit gebe, zu handeln, wie er es passend finde, daß sie, mit einem Wort, in die Scheidung wille. Aber da verlagte ihr doch die Kraft. Sie vermachte es doch nicht, ihn davon zu entbinden, daß er den ersten Schritt täte. Sie wollte auch ihrer Mutter nicht das Leid antun, daß diese glauben könnte, sie hätte die Sache zu leicht genommen und zu leicht behandelt. Unterricht war jetzt die Zutrittskür für den ganzen Schloß, aber die gute Frau bemühte sich immer noch, ihrer Tochter und sich selbst einzureden, es sei nur ein vorübergehendes Gemitter am Ehestandsmittel Rosi. Anderer Ansicht war freilich 's Breneli. „Das läßt sich nicht mehr stiften und leimen, Mietti,“ sagte das kluge Mädchen, das seinen

Schnouer so grimmig verabscheute und haßte, als ihn nur immer remend verabscheuen und haßen konnte. „Rueget's Hofi, 's arm! Hoffi kann den schlechten Mann nicht mehr heubanden, 's kann nicht sein!“, Ob, Mietti, 's Wamen sind doch ein schätzliches Wolf. Was hat 's Hofi um dem Thim gefahren, bis es ihn haßt, und doch hat er kein schönes und fraus Weib um so eines idarwürdigen Günstlings willen verlassen. Nein, Mietti, loß, ich will gar keinen nehmen, keinen, oder auch gar keinen. — „Ja, du bist mir die Recht, Ghind! Wort! nur, sie gäng der Recht kommt und dich haben will. Ich mein, ich kenn' lo nen Rechten. — „Was meinst'! — „Was werd' ich neime meinen? Ebbis geitlich's mein ich. — „Jetzt schweig' aber Mietti, oder ich lauf' dir davon. — „Kauf' mir! Und das neunzehnjährige Kind tief wirklich davon, nämlich aus der Kammer, wo es mit der Mutter hatte zu Zeit geben wollen, auf den Keller hinaus, um zu leben, ob im Dorfe drunten in des Warrers Stübchen das Licht noch brennte. Es brannte richtig noch, wie allmählich. Er studiert zu viel, dachte das schöne Mädchen, das keinen, oder auch gar nicht nehmen wollte, er sitzt so lange bei seinen Büchern auf, und das macht ihn so bleich. Ich wollt', ich — nun ja, ich wollt', ich läß' bei ihm. Das würd' ihm dann mit der Hand über seine schöne Stirn fahren, lo, und recht lieb und gut zu ihm fagen: Stephan, lieber, lieber Stephan, willst du nicht Feierabend machen?

Breneli würde wohl mit leidstem Herzen zu Bette gegangen sein, wenn sie hätte ahnen können, daß so ziemlich in demselben Augenblicke der gute Warrer da drunten in seiner einsamen Pflückerstube so ziemlich auch so was wünschete, nämlich, daß 's Brel bei ihm läge. Er hatte tief der Begegnung mit Hofi am Bilde doch recht viel an das Mädchen denken müssen, das „lo gesund und heiter und flug wie ein Vogel! — und lägte er in Gedanken dem Lobpruch der Schwester bei, auch lo schön! Heute abend hatte er keine Bekehrung der Pflückerstube wieder vorzunehmen. Der Warrer 's Breneli dazu fagen würde? dachte er beim Sitzen und Herkältern. Gensd würde es sie freuen, wenn er ihr, die den halben Sessel ungenügend farnie, die vier dem mundartlich angelegenen heraten Socken vorläge. Es müßte

dann doch recht heimlich in der Stube sein, wenn sie so beisammen lägen, ja, ganz anders als jetzt. Freilich nicht ganz lo, wie er sich's vorgelesen vorgelegt, wenn die Hofi bei ihm läge, nicht ganz lo, auch nein, aber doch auch heimlich und gut. 's Brel sei bei all ihrer Unkenntnis lo verständlich und einfühlsam, und ihr Köcher flänge lo süßern und hell wie ein Glöckchen, das zum Märchen klang. Da sei der arme Thim, der hätte ja auch sein angebetetes Mädchen, die Hochschon-Warr, verloren und hätte nachmal's doch mit Gannend Armour in glücklicher Ehe gelebt. — Ob ihm aber das Mädchen wirklich genügt sei? Es wäre doch verwunderlich, er hätte nichts davon gemerkt, er. Wer Hofi hätte es ihm ja versichert, und Hofi könne keine Unwahrheit fagen, nein, soviel sie lieb sei. Er müsse sich eben jetzt ein Herz fassen und sich Gewißheit zu verschaffen suchen. So könne es nicht länger fortgehen; es sei doch gar zu einsam in dem Warrhaus, ja, und gar zu kalt, sogar jetzt im Sommer.

So spannen sich nachfolgenderweise von der Warr's Hofi Warrhaus und vom Warrhaus nach der Bräunung Gedankenfäden hin und wieder, Gefühle und Wünsche, die sich im Warr's Hofi begegneten wie trübende Eifen. Hofi's Gang zum Bilde war doch zu etwas gut geworden. Das ist ja überhaupt, was die Warr's Hofi zusammenhält und fortbrennt ins Unendliche, daß hat neben den Kränzen einer geliebten Freundin unentnützig eine andere und immer wieder eine andere sich anseht, mit der Hoffnung, sie, gerade sie würde und müßte der Warr's Hofi werden.

Demselb sah zur letzten Stunde Hofi auf dem Stübchen droben auf der Bank, mit der sie der Thim einst so freundlich überdort hatte. Das war lange her, und seitdem hatte er, als bisher geort, ihr ganz andere Ueberredungen zu bereiten. Sie kam gerne hierher und loß, nach dem bündigen Tagwerk, da sie obnein erst spät den Schlaf finden konnte, oft bis tief in die Nacht hinein da droben, in die Betrachtung der Gestirne oder in jene ländermächtigen Träumereien verfallen, welche die kaltsinnige Stille der Sommernähe den Unglücklichen so süß und vertraut macht.

(Fortsetzung folgt.)

